

Jetzt auch Asyl für Opfer von Naturkatastrophen?

Das Bundesverwaltungsgericht hat einem Somalier die Dürre in seiner Heimat als Asylgrund anerkannt. „Wann werden Rot und Schwarz zu Vernunft kommen und das Asylgesetz reparieren?“, kritisiert Oberösterreichs FPÖ-Landeschef Manfred Haimbuchner. **S. 13**



Vergesslichkeit von „Spätzünder“ Kurz

Letzte Plakatserie erinnert an Kurz' unsägliche Beiträge zur „Willkommenspolitik“ **S. 2/3**



Unternehmen entlasten, Arbeitsplätze schaffen!

FPÖ-Wirtschaftsprogramm gegen Regulierungs- und Steuerwahn – **S. 4/5**

PARLAMENT

Roter Lobbyist?

Schwere Vorwürfe erheben die FPÖ-Abgeordneten Peter Wurm und Hubert Fuchs gegenüber SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim: Dieser soll eine geplante Gesetzesänderung zu Lebensversicherungen zum Vorteil der Versicherungen vorantreiben. **S. 6**

AUSSENPOLITIK

Koalitionsschlappe

Die rot-schwarze Koalition in Berlin wurde bei den Bundestagswahlen von den Deutschen brutal abgestraft und verlor ein Fünftel ihrer Wähler. Die Alternative für Deutschland (AfD) stieg mit einer Stimmenverdreifung zur drittstärksten Partei auf. **S. 8/9**

WIEN

Sicherheitsverlust

Den massiven Sicherheitsverlust als Folge der Masseneinwanderung erhob die Wiener FPÖ in einem Sonderlandtag zum Thema. Lediglich einer Aufforderung an den Innenminister, die versprochenen 1.000 Polizisten zu schicken, stimmte die SPÖ zu. **S. 11**

MEDIEN

„Prinzessinnen“-Streit

Weil die Tageszeitung „Österreich“ ein für den SPÖ-Kanzler unvorteilhaftes Dossier seines Wahlkampfteams veröffentlichte, reagierte Kern genauso „prinzessinnenhaft“ wie im Dossier beschrieben: Keine Interviews und Inserate für „Österreich“. **S. 14**



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Man darf gespannt sein, wie Christian Kern und Sebastian Kurz auf das deutsche Wahlergebnis reagieren, insbesondere auf den Absturz der SPD.

Denn deren Kanzlerkandidat Martin Schulz hat die gleiche Strategie gewählt, wie die beiden: So tun, als wäre die eigene Partei nicht Teil der Regierung und damit das Probleme selbst gewesen. Und natürlich, das umfassende Vergessen der eigenen Aussagen der letzten Jahre.

Fremde Federn

Bei Kern und Kurz kommt noch hinzu, dass sie sich in ihren „(Bekehrungs-)Wahlprogrammen“ mit fremden Federn schmücken, vorzugsweise mit Ideen der FPÖ.

Die unverschämteste Rosstäuscherei dabei versucht Kurz. Zur Aufklärung: Den Zustrom auf der Balkanroute hat nicht Kurz' Gerede zum Versickern gebracht, sondern der Grenzzaun Viktor Orbáns. Den Rückgang der Seerettungen geht ebenfalls nicht auf Kurz' Kappe, sondern wurde mit italienischen Millionen-Zahlungen an libysche Milizchefs erreicht.

Von einer Sicherung der Grenze zu Italien, das seine Einwanderer keineswegs unter Kontrolle hat, will Kurz aber nichts wissen. Wenn die täglichen Aufgriffe eine dreistellige Zahl erreichen, wird er wohl auch diese FPÖ-Forderung als Eigenelaborat verkaufen.

Heuer haben bereits wieder an die 20.000 Einwanderungswillige mit dem Wort „Asyl“ einen Aufenthalt in Österreich erreicht.

Von der Lösung des Masseneinwanderungsproblems ist Österreich noch genau so weit entfernt wie Kurz (und Kern) zum Eingestehen desselben – und damit ihres anhaltenden Versagens als Noch-Regierungschefs.

„Kurz hat laufend und dau

In der letzten Plakatserie erinnert die FPÖ daran, wer in Sachen Islam, Ein

Spätzünder braucht das Land nicht. Es braucht Macher, nicht Nachmacher“, erklärte FPÖ-Parteichef HC Strache in Anspielung auf die „wundersame Wandlung“ Sebastian Kurz' zu den für die Österreicher so wichtigen Themen. Wer etwas nachhaltig ändern wolle, der müsse daher am 15. Oktober für die FPÖ stimmen.

Bei der Präsentation ihrer finalen Plakatwelle für die Nationalratswahl haben FPÖ-Obmann HC Strache und Generalsekretär Herbert Kickl die Rolle der Freiheitlichen als politische Vordenker in den letzten Jahren hervorgehoben. Eine Spitze gegen den Vorsitzenden der „Liste Sebastian Kurz – Die neue Volkspartei“.

Vergesslicher Sebastian Kurz

„Kurz soll nicht vergesslich sein. Er hat sich für mehr Einwanderung und Willkommenskultur ausgesprochen, als 2015 hunderttausende moslemische Einwanderer über die Grenzen hereinstürmten. Und Kurz hat dauernd betont, der Islam gehört zu Österreich“, erinnerte HC Strache. Kurz habe die Folgen der von Angela Merkel ausgerufenen „Willkommenskultur“ schlichtweg nicht unterschätzt und dann auch noch schöngeredet.

„Der durchschnittliche Zuwanderer von heute ist gebildeter als der durchschnittliche Österreicher“, hatte Kurz die im Frühjahr 2015 einsetzende Masseneinwanderung und sein Versagen bei der Integration den Österreichern schmackhaft zu machen versucht.

Er habe den Österreichern sogar vorgeworfen „zu wenig Willkom-

menkultur“ zu haben, weil sie sich vom „linken und rechten Rand, der Störgeräusche“ verunsichere, hätten beeinflussen lassen, erinnerte Kickl an Kurz' Mitschuld an der jetzt aufgebrochenen Sicherheits- und „Einwanderung-ins-Sozialsystem“-Thematik.

Teil der „Willkommenskultur“

Auch die Balkanroute habe Kurz nicht geschlossen, betonte HC Strache. Das sei 2015 durch Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán eingeleitet worden. Kurz' diplomatische Versuche zu deren Nachbesserung müssten als gescheitert bezeichnet werden, seien doch im ersten Halbjahr 2017 bereits wieder 20.000 Menschen auf diesem Weg nach Österreich gekommen.

„Und wenn er jetzt seit Monaten großartig die Schließung der Mittelmeer-Route fordert, dann müssen wir ihn daran erinnern, dass er als Außenminister die EU-Agentur Frontex 2015 im Mittelmeer mit ‚Schlepperaufgaben‘ bedacht hat, als die Ausweitung der ‚Flüchtlingsrettung‘ bis an die libyschen Küstengewässer beschlossen wurde“, erklärte der FPÖ-Obmann.

Alle Warnungen der FPÖ vor der drohenden Masseneinwanderung seien als „fremdenfeindlich“



Die FPÖ ist der Vordenker, während SP programme übernommen haben – ohn

und „hetzerisch“ abgetan worden. „Wir müssen das Zusammenleben aller Religionen auch in Europa fördern“, hatte Kurz den FPÖ-Hinweisen auf zunehmende islamistische Tendenzen in den Islamvereinen gekontert.

„Kurz hat nicht einmal versagt, nicht zweimal versagt, er hat laufend und dauernd versagt“, sagte HC Strache und fügte hinzu: „Spätzünder wie Kurz braucht das Land nicht. Es braucht Macher, nicht Nachmacher.“

Konfrontiert mit dem immer unverblümteren Kopieren von



SPITZE FEDER Denk ich an Deutschland nach der Wahl ...

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Herbert Kickl
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73

BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

ernd versagt!“

wanderung und Grenzschutz der Vordenker war



Ö und ÖVP als „Spätzünder“ die blauen Vorschläge lediglich für ihre Wahl-
e jede Garantie auf Umsetzung, warnen HC Strache und Herbert Kickl.

FPÖ-Vorschlägen zu Flüchtlings-
krise, Grenzschutz und Islamisie-
rung habe sich Kurz in eine Opfer-
rolle geflüchtet, die ihm aber die
Österreicher nicht mehr abnehmen
würden.

Konkurrenz bestätigt FPÖ

Umso weniger, als jetzt Unter-
lagen auftauchten, dass Kurz für
seinen „Partei-Putsch“ und die
Neuaufstellung der ÖVP gar Mit-
arbeiter des Außenministeriums
eingespannt habe. „Das ist alter
ÖVP-Intrigantenstadl pur!“, be-
merkte FPÖ-Generalsekretär Her-

bert Kickl zu der generalstabs-
mäßig geplanten „Rettung wider
Willen“ durch den „selbstlosen
Herrn Kurz“.

„In jedem Programm der ande-
ren Parteien sind unsere Ideen zu
finden. Wir haben inhaltlich also
alles richtig gemacht! Das sagen
nicht wir über uns selbst, diese Be-
stätigung kommt vom politischen
Gegner: Die FPÖ hat das Richtige
zur rechten Zeit erkannt“, betonte
Kickl. Mit den Freiheitlichen in der
Regierung werde der rote Teppich
für die Islamisierung, den Kurz
ausgerollt habe, wieder eingerollt.

KURZ UND BÜNDIG



Leere Ankündigungen

Der Entschließungsantrag der Freiheitli-
chen betreffend die Rücknahme der Erhö-
hung der Mehrwertsteuer auf Beherbergung
wurde im Parlament vergangene Woche von
der rot-schwarzen Regierung abgelehnt. „Ich
bin sehr betrübt, dass die Tourismusbranche
so links liegen gelassen wird. Sowohl SPÖ
als auch ÖVP produzieren nur heiße Luft, und
sonst ist nichts dahinter. Die Ankündigungen
der beiden Parteien, das Gesetz zurückzuneh-
men, sind nichts wert“, kritisierte FPÖ-Tou-
rismussprecher Gerald Hauser (Bild).

„Vernunft statt Polemik“

Im Vorfeld des dienstägigen Abgasgip-
fels pochte FPÖ-Verkehrssprecher Gerhard
Deimek (Bild) auf vernünftige Zugänge von
Seiten der Politik: „Innovation und technol-
ogischer Wandel werden letztlich für völlig
saubere Mobilität sorgen. Polemik und Eifer
sind schlechte Ratgeber auf diesem Weg.“
Unzählige Arbeitsplätze in Österreich seien
eng mit der Dieselschadstofftechnologie ver-
woben. Hier dürfe es keine voreiligen Maß-
nahmen geben, die in der Folge ungeahnte wirt-
schaftliche Auswirkungen haben würden.



Englisch-Spitzenreiter

„Es ist sehr erfreulich, dass Österreichs
Volksschüler beim Erlernen der Fremdspra-
che Englisch an der Spitze liegen“, sagte
heute FPÖ-Bildungssprecher Wendelin Möl-
zer (Bild) zu einer EU-weiten Studie. Dem-
nach haben Österreichs Grundschüler neben
jenen aus Luxemburg, Malta und Zypern laut
Eurostat-Daten eine „flächendeckende Quo-
te“ beim Englisch-Unterricht. „Das positive
Abschneiden der Schüler darf aber nicht da-
rüber hinwegtäuschen, dass 20 Prozent der
Schüler nicht sinnerfassend lesen können.
Die schlechten Kenntnisse der Unterrichts-
sprache Deutsch erschrecken“, so Mölzer.



AUFSTEIGER



Die AfD-Spitzenkandidaten **Alice Weidel** und **Alexander Gauland**, die mit der „Alternative für Deutschland“ nun drittstärkste Kraft im Berliner Reichstag sind, weil sie die Themen, die die Bürger bewegen, aufgegriffen haben.

ABSTEIGER



CDU-Kanzlerin **Angela Merkel** und SPD-Kanzlerkandidat **Martin Schulz**, die für ihre Ignoranz gegen-
über der Bürgermeinung zur Massen-
einwanderung, von den deutschen
Wählern mit klaren Stimmenver-
lusten abgestraft wurden.

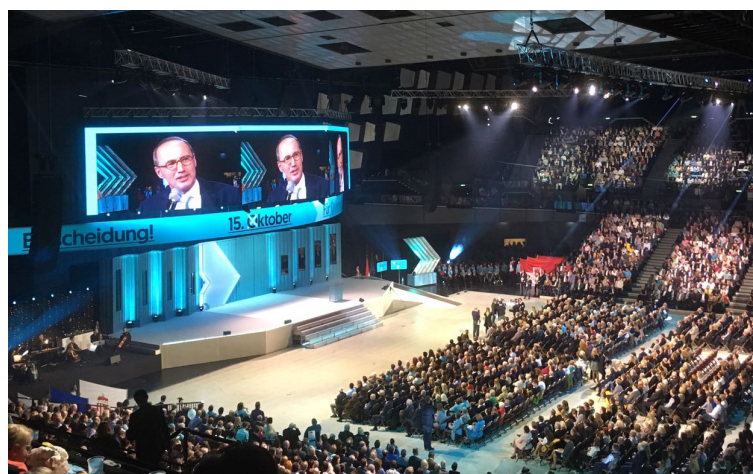


BILD DER WOCHE Der „Mehr EU um jeden Preis“-Alt-ÖVPLer
Othmar Karas ist auch Fixbestandteil der angeblich „Neuen ÖVP“.

„Wir werden unsere Vorschläge auch umsetzen!“

Während SPÖ und ÖVP ihre Wahlversprechen zu Reformen am Wahltag wieder in den Schubladen ablegen, garantiert FPÖ-Wirtschaftssprecher Axel Kassegger im NFZ-Interview die „auf Punkt und Beistrich genaue Umsetzung“ des FPÖ-Wirtschaftsprogramms.

Herr Abgeordneter, SPÖ und ÖVP heften sich jetzt das Wirtschaftswachstum als Erfolg ihrer Politik an die Brust. Zu Recht?

Kassegger: Hätte die Koalition wirklich gearbeitet, dann würden wir beim Wirtschaftswachstum in der EU-Spitzengruppe liegen, wie vor zehn Jahren. Aber derzeit kämpfen wir nicht mit Deutschland, das nebenbei Budgetüberschüsse erwirtschaftet, um eine Spitzenposition. Hinter uns liegen nur noch die EU-Krisenländer, mit denen wir uns auch noch einen Wettlauf in Sachen weiterer steigender

Staatsschulden liefern. Nach zehn Jahren rot-schwarzer Regierungskoalitionen befindet sich Österreich in Sachen Wirtschaftskompetenz am absteigenden Ast. Rot und Schwarz haben sich geholt, was ihnen vermeintlich zustand, mit dem Erfolg einer der höchsten Steuerbelastungen in der EU für Unternehmen wie Arbeitnehmer.

Sie haben den Versuch von SPÖ und ÖVP bei der Gewerbeordnung noch als „einen Schritt in die richtige Richtung“ gelobt.

Kassegger: Die Gewerbeordnungsnovelle im Juni war ein Verzweiflungsversuch der Koalition, den Wählern wenigstens etwas vorweisen zu können. Wir hätten die Möglichkeit gehabt, eine wesentlich größere Entlastung für die Wirtschaft zu erreichen mit einem Gewerbeschein für alle freien Gewerbe. Das hätte einen Wegfall von 40.000 Verfahren zur Folge gehabt. Aber zu diesem Schritt konnte sich die Koalition – trotz ihrer Ankündigungen dazu – wieder einmal nicht durchringen.

Welche Schritte braucht Österreich, um wieder das „bessere Deutschland“ zu werden, das es bis 2010 einmal war?

Kassegger: Es braucht all die Reformen, die SPÖ und ÖVP seit zehn Jahren nur vor Wahlen hervorholen, um sie dann wieder in die Schubladen zurückzulegen. Wir Freiheitliche haben in unserem Wirtschaftsprogramm das Rad nicht neu erfunden, sondern wir greifen genau auf die von Rechnungshof, „Österreich-Konvent“ und Wirtschaftsforschern vorgelegten „Fitness-Programme“ für Österreich zurück. Aber eines kann ich den Österreichern versprechen: Wir werden diese Reformen auch umsetzen!

SPÖ und Grüne beklagen, das FPÖ-Programm sei zu unternehmenslastig.

Kassegger: Was ist bei einer Entlastung des vielzitierten „Faktors Arbeit“ oder Lohnnebenkosten unternehmenslastig? Davon profitieren die Arbeitnehmer über einen höheren Nettolohn genauso wie auch diejenigen Menschen, die derzeit Arbeit suchen. Wir ermöglichen es mit unserem Programm, den Betrieben wieder Arbeitsplätze zu schaffen, statt sie mit bürokratischer Regulierungswut und neuen Steuern zu bestrafen. Leistung und Innovation muss sich in diesem Land wieder lohnen – auch, damit wir unser Sozialsystem weiterhin finanzieren können.



Die FPÖ ist auch in Fragen der Wirtschaft der Vordenker unter den heimischen Parteien.

Eine echte Befreiung

Das FPÖ-Wirtschaftsprogramm setzt bei Steuern an.

Eine „Entfesselung der Wirtschaft“ versprach einer der Vorgänger von Sebastian Kurz an der Spitze der ÖVP, Michael Spindelegger, bereits 2013. Seither haben SPÖ und ÖVP aber lediglich die Fesseln für die Betriebe weiter zugezogen, was sich auch in der Rekordarbeitslosigkeit äußert. Dem will die FPÖ kraftvoll entgegensteuern.

Freiheit bedeutet, der Staat schafft beste steuerliche und rechtliche Rahmenbedingungen für die österreichische Wirtschaft. Nur so können Unternehmen ohne die Last sinnloser Vorschriften und bürokratischer Hürden eigenverantwortlich und kreativ im internationalen Wettbewerb erfolgreich bleiben.

Lob aus der Wirtschaft für FPÖ

Die Vorschläge im FPÖ-Wahlprogramm (siehe Kasten) fanden

Zustimmung bei den Wirtschaftsvertretern. Als „erfreuliches Bekenntnis zum Industrie- und Wirtschaftsstandort, zu Struktur-reformen sowie gegen neue Steuern“ wertete Günter Stummvoll, Sprecher der Aktionsplattform für Leistung und Eigentum, das FPÖ-Wahlprogramm. Als ein Programm „voller konstruktiver Vorschläge für Österreichs Arbeitgeber im Tourismus“ begrüßte Markus Gratzner, Generalsekretär der Öster-

Maßnahmen zur Entlastung der heimischen Unternehmen:

- ☐ Deutliche Senkung der Arbeitszusatzkosten (Lohnnebenkosten)
- ☐ Reduktion des KöSt-Satzes für nicht entnommene Gewinne von 25 Prozent auf 12,5 Prozent bei gleichzeitiger Anpassung an die ESt-Tarifstufen
- ☐ Streichung der Mindest-KöSt
- ☐ Sofortige Abschaffung der „Kalten Progression“ bei Steuerfreibeträgen
- ☐ Steuerfreiheit für nicht entnommene und reinvestierte Gewinne
- ☐ Deutliche Erhöhung des Steuerfreibetrages bei Betriebsübergaben
- ☐ Drastische Vereinfachung des Steuerrechts und Abgabenrechts
- ☐ Abschaffung von Bagatelsteuern wie Werbeabgabe
- ☐ Abschaffung der Rechtsgeschäftsgebühren
- ☐ Vorsteuerabzug für betrieblich genutzte Fahrzeuge (EUrechtskonform)
- ☐ Steuerliche Absetzbarkeit der Kosten für Eigenkapital



Reinhard Pisec
FPÖ-Industriesprecher

In den soeben veröffentlichten Daten der Statistik Austria für das Jahr 2016 zeigt sich, wie es um Österreichs Wirtschaft bestellt ist.

Das Wachstum ist im Verhältnis zur EU um mehr als 20 Prozent niedriger gewesen. Dabei wurde die Teuerungsrate (Inflation) mit 1,1 Prozent angenommen – ein viel zu geringer Wert.

So geht Wirtschaft

Jeder Konsument weiß, wie stark sich die Preise bei den Grundnahrungsmitteln erhöht haben; daher müsste die Differenz zwischen nominellem und realem Wachstum höher sein und das Wachstum an der Null-Linie verlaufen.

Die Ursachen sind einfach erklärt: Viel zu hohe Steuern und Zwangsversicherungsbeiträge sowie ein darniederliegender Finanzmarkt haben der gesamten österreichischen Unternehmenslandschaft stark zugesetzt. Die Verantwortung tragen SPÖ und ÖVP, die mit allen Mitteln an dem bestehenden Belastungssystem festhalten.

Um diesem „Highway to Hell“ zu entgehen und den Anschluss in Europa nicht völlig zu verlieren, bedarf es einer massiven Entlastung unserer Klein- und Mittelbetriebe (KMU).

Die FPÖ fordert die massive Förderung zur Bildung von Eigenkapital, die radikale Senkung der Arbeitszusatzkosten und den Zugang zum Finanzmarkt. Wie die wirtschaftsfeindliche Bundesregierung unsere KMU behandelt, zeigt allein das Beispiel Wiener Börse.

Der KMU-Markt (Dritter Markt) steht nur ausländischen Unternehmen offen und ist österreichischen KMU versperrt. Eine eklatante Unfairness, die Ihrsegleichen sucht.

ng der heimischen Betriebe

entlastungen und einer Reduktion der bürokratischen Hemmnisse an

reichischen Hoteliersvereinigung (ÖHV), das vorgestellte Konzept.

Wettbewerbsstärkung

Denn es geht um nichts anderes, als um Fairness gegenüber der heimischen Wirtschaft und deren Stärkung im internationalen Wettbewerb.

Dazu liefert die FPÖ ein deutliches Bekenntnis zum Industriestandort Österreich und einer gezielten Förderung von Betriebsneugründungen. Bestehende Hürden – etwa in den Bereichen

Bürokratie, Finanzierung und Infrastruktur – müssen abgebaut werden.

„Schikanen wie die Anhebung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von 10 auf 13 Prozent sowie die Verlängerung der Abschreibungsdauer auf 40 Jahre sind rückgängig zu machen, da sie insbesondere den Tourismus schädigen, der eine Wertschöpfung von mehr als 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erzielt“, erinnerte FPÖ-Chef HC Strache bei der Vorstellung des Programms.

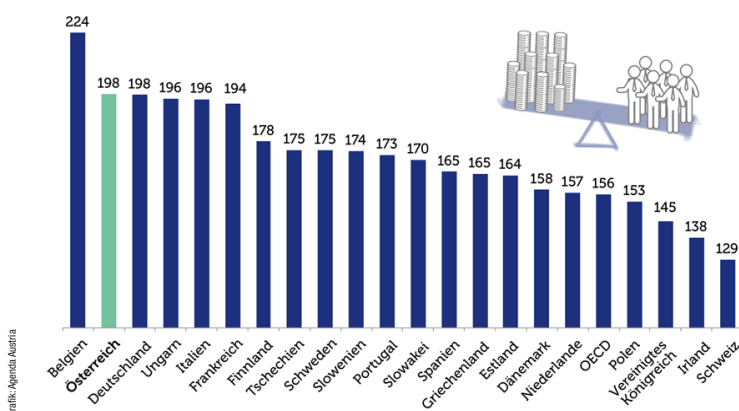
Zur generellen Entlastung von Unternehmen und zur Ankurbelung der Wirtschaft bedarf es einer deutlichen Senkung der Lohnnebenkosten sowie der Reduktion des Körperschaftssteuersatzes für nicht entnommene Gewinne in einem ersten Schritt von 25 Prozent auf die Hälfte. Zur Stärkung der Eigenkapitalbildung sollten längerfristig reinvestierte Gewinne überhaupt als steuerfrei behandelt werden. Dies wäre ein wesentlicher Schritt aus der Basel-III-Kreditklemme.

Gewerbeordnung entrümpeln

Herzstück einer unternehmerfreundlichen Politik ist eine dringend erforderliche neue, freie Gewerbeordnung für freie Unternehmer. Das bestehende, trotz jüngster Novelle massiv überbürokratisierte Regelwerk bedarf einer umfassenden Modernisierung. Die Zahl der reglementierten Gewerbe muss zumindest halbiert werden, sämtliche freie Gewerbe müssen über einen einzigen Gewerbeschein zugänglich sein.

Der größte Widerstand dazu kommt aus der ÖVP-dominierten Wirtschaftskammer. Ein Grund mehr für Unternehmer, am 15. Oktober diesmal FPÖ zu wählen.

Wie viel kostet ein Arbeitsplatz gemessen am Nettoeinkommen*?
(2015, in Prozent)



Österreichs Arbeitnehmer „kosten“ das doppelte ihres Nettolohns.



Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

Es mehren sich die Spekulationen, welche Parteien die nächste Bundesregierung bilden sollen: eine blau-schwarze Neuauflage oder doch wieder eine schwarz-rote Koalition. Was bei all dem übersehen wird, ist die Tatsache, dass nicht die Regierung, sondern der Nationalrat gewählt wird.

Weniger Beamte

Dazu gibt es Umfragen, wie sich der künftige Nationalrat zusammensetzen soll. So wollen laut „Standard“ 55 Prozent der Österreicher im nächsten Parlament weniger Beamte. Aber auch Berufspolitiker sind nach Einschätzung der Wähler zu stark vertreten – wie das Linzer Market-Institut im September ermittelte. Gemäß dieser wollen die Wähler (67 Prozent) von ihresgleichen, also „normalen Arbeitern und Angestellten“ vertreten werden.

Spannend auch die Frage nach dem Frauenanteil: Da ist ein starkes Drittel der Befragten (Rot- und Grünwähler) dafür, dass im neuen Parlament weniger Männer vertreten sein sollten, während ÖVP- und FPÖ-Wähler mehrheitlich den Männeranteil gleich halten wollen.

Dazu passt der jüngste Vorstoß der SPÖ, die Klubfinanzierung an die Frauenquote zu koppeln. Das ist aus mehreren Gründen abzulehnen: Abgesehen davon, dass eine Entscheidung des Souveräns weder „belohnt“ noch „bestraft“ werden bedarf, haben die Klubs keinen Einfluss auf die Listenerstellung – die wird überwiegend von den Landesparteien gemacht.

Alles in allem kommt das Angebot der FPÖ den Wählerwünschen sehr entgegen. Das gilt für den Inhalt wie für die personelle Zusammensetzung.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Gefährdete Manufakturen

Die Pläne der EU, für Keramikgegenstände, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, Cadmium- und Bleigrenzwerte festzusetzen, würde heimische Firmen, in denen händische Porzellanmalerei (Bild) betrieben wird, unter Druck setzen oder sogar das Aus bedeuten. Daher forderte die FPÖ-Mandatarin Jessi Lintl in einem Entschließungsantrag die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, dass österreichischen Unternehmen keine Nachteile erwachsen.



Foto: Augustin Porzellan

SOZIALPOLITIK

Fragen zu teurer Studie

Die FPÖ forderte im Sozialausschuss SPÖ-Sozialminister Alois Stöger per Antrag auf, dem Nationalrat die Studie zur Effizienz der Sozialversicherungen vorzulegen. Außerdem solle der Minister den Abgeordneten über Auftragsvergabe und -abnahme durch das Sozialministerium Rede und Antwort stehen.

Lobbyismus-Vorwurf gegen SPÖ-Justizsprecher

Rot-schwarze Gesetzesänderung zum Vorteil der Versicherungen

SPÖ und ÖVP wollen mit einem legislativen Taschenspielertrick den Spätrücktritt von Konsumenten bei ihren Lebensversicherungsverträgen einfach brutal kappen, kritisiert die FPÖ.

Als besonders interessant erachten FPÖ-Konsumentenschutzsprecher Peter Wurm und FPÖ-Finanzsprecher Hubert Fuchs die Rolle von SPÖ-Justizsprecher und Anwalt Hannes Jarolim. Diesem sei in diesem Fall von einem Berufskollegen ganz offensichtlicher Lobbyismus und die Verquickung von Anwaltsinteressen mit seinem politischen Mandat vorgeworfen werden.

Konsumentenfeindlich

„Sollten SPÖ und ÖVP diesen Gesetzesantrag nicht zurückzie-



SPÖ-Abgeordneter Jarolim ein Lobbyist der Versicherungen?

hen, dann wird diese Causa zum großen Sündenfall gegen die Interessen von hunderten tausenden Versicherungskunden in Österreich. Wie bereits bei den Überziehungszinsen

und Bankomatgebühren bewiesen, sind Rot-Schwarz offensichtlich immer mit im Boot, wenn es darum geht, die heimischen Bankkunden zu belasten“, kritisierte Wurm.

Gusenbauer hinter rotem CETA-Umfaller?

Eine mögliche Erklärung des bis jetzt unverständlichen Umfällers der SPÖ beim umstrittenen Handelsabkommen mit Kanada



Foto: NZZ

(CETA) zeigt ausgerechnet der linke „Mosaik-Blog“ auf.

Ex-SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer (Bild) hat Kanzler Christian Kern den mittlerweile wegen Korruption verhafteten SPÖ-Wahlkampf guru Tal Silberstein eingeredet. Dieser ist Partner des Milliardärs Beny Steinmetz, der über eine kanadische Firma (daher CETA zuständig) Teil-Eigentümer einer rumänischen Goldmine wurde. Gusenbauer sitzt übrigens im Direktorium dieses Unternehmens.

Nur haben Umweltschützer die Ausbeutung der Goldmine gestoppt. Daher klagt Steinmetz' Fir-

ma jetzt den rumänischen Staat vor einem internationalen Schiedsgericht auf 4,4 Milliarden Euro Schadenersatz. CETA, teilweise in Kraft getreten, würde aber Konzernklagen über eigene Schiedsgerichte stärken. Und genau nachdem Herr Silberstein Kern beraten hat, fiel die SPÖ bei CETA trotz Mitgliederbefragung um.

Pikantes Detail: Laut Mosaik wurde Gusenbauer vor der entscheidenden Sitzung der SPÖ am Ort des Treffens gesehen. Selbstverständlich kann dies alles Zufall sein – aber bei Gusenbauer fällt es schwer, noch an Zufälle zu glauben.

ÖVP liebäugelt mit Salafisten und Islamisten

Norbert Hofer kritisiert verharmlosenden Umgang der ÖVP mit radikal-islamistischen Strömungen

Offiziell kritisiert der „Neue ÖVP“-Chef Sebastian Kurz den Islamismus und dessen Förderung in Österreich durch Vereine, die der Partei des türkischen Staatschefs Erdogan nahestehen. Dennoch kandidieren Islamisten-Sympathisanten auf Listen der Kurz-Partei.

Der Dritte Nationalratspräsident und FPÖ-Spitzenkandidat im Burgenland, Norbert Hofer, zeigte sich entsetzt über den verharmlosenden Umgang seitens der „Neuen Volkspartei“ mit radikal-islamischen Strömungen und deren Ablegern in Österreich. Hofer forderte von Parteichef und Integrationsminister Sebastian Kurz umgehend eine klare Abgrenzung ein: „Das Liebäugeln mit Salafisten und dem radikalem Islam darf in Österreich keinen Platz haben!“

Hofer betonte einmal mehr, dass Kandidaten von wahlwerbenden Parteien wie jene der ÖVP, die hier Sympathien für radikale Strömungen und die Verherrlichung des Islam als politisches Programm hätten, in Österreichs demokratischem

Parteisppektrum keinen Platz haben dürfen.

ÖVP-Kandidat lobt Salafisten

Die jüngst ans Tageslicht gekommenen Äußerungen eines türkischstämmigen ÖVP-Kandidaten für die Gemeinderatswahlen in Eisenstadt müssten den ÖVP-Integrationsminister eigentlich auf den Plan rufen. Der Kandidat der Kurz-Partei habe nämlich via Facebook Bilder von Koranverteilungen der von Salafisten organisierten Aktion „LIES!“ mit den Worten „Das sind die Weggenossen des Paradieses“ geteilt.

„Nach derartigen Äußerungen müssten beim Integrationsminister Kurz doch die Alarmglocken schrillen. Befremdlich muten hier



Foto: WZ

Von der ÖVP toleriert und umworben: Salafisten in Österreich.

nicht nur die offen zur Schau gestellten Sympathien der ÖVP von der Parteispitze abwärts zum Islam als Religion an, sondern auch deren Verbindungen zu hochrangigen Vertretern mit Nähe zur AKP, der Partei des türkischen Staatschefs

Recep Tayyip Erdogan“, bemerkte Hofer. Für ihn stelle sich die Frage, wie diese Verbrüderung mit Vertretern von ATIB, UETD und MÜSIAD mit der angeblichen „christlichen Ausrichtung“ der Kurz-Partei in Einklang zu bringen sei.



FAIRNESS

für Österreicher

Bei Sozialleistungen,
Mindestsicherung und Pensionen.

FPÖ DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI

FPÖ-ABGEORDNETE DECKEN AUF

Einbrecher-El Dorado Niederösterreich

Viele Hausbesitzer in Niederösterreich sind in großer Sorge: Vor allem in den Wienerwaldgemeinden schürt eine Serie von Einbrüchen die Angst in der heimischen Bevölkerung. Durch eine Anfrage des niederösterreichischen FPÖ-Abgeordneten Christian Höbart an das Innenministerium kamen besorgniserregende Zahlen ans Tageslicht. Allein von Jänner bis Juni dieses Jahres gab es insgesamt 5.482 Straftaten gemäß Paragraph 129 StGB in Niederösterreich, also Diebstahl mit Einbruch oder mit Waffen. Das Besondere an dieser Anfragebeantwortung ist die bunte Nationalität der Tatverdächtigen: über 1.600 Tatverdächtige stammen aus 26 Nationen. Nicht minder erschreckend die Aufklärungsquote bei Einbruchsdiebstählen in Niederösterreich: Von diesen Delikten werden gerade einmal 13,5 Prozent – oder jeder achte Einbruch – aufgeklärt.



Foto: reutheer.at

Wo sind 600 abgelehnte Asylwerber?

Im April 2017 wurden österreichweit 2.050 illegal aufhältige Personen aufgegriffen und entsprechend statistisch erfasst. Zudem wurden im gleichen Zeitraum 1.908 Asylanträge gestellt. Mit Stichtag 24. Juli 2017 wurden von diesen Anträgen 1.437 zum inhaltlichen Verfahren zugelassen. Diese Informationen gehen aus einer Anfragebeantwortung durch ÖVP-Innenminister Wolfgang Sobotka an die FPÖ-Abgeordnete Dagmar Belakowitsch hervor. Besonders kurios: Es werden keine Statistiken über den derzeitigen Aufenthalt für Personen geführt, die zwar einen Asylantrag gestellt haben, aber nicht zum Verfahren zugelassen wurden.



FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT



Harald Vilimsky

Macrons Visionen

Nach Juncker nun Macron: An „Visionen“ für die Zukunft der EU herrscht derzeit kein Mangel, was manch Böswillige als Fall für den Arzt deuten. Frankreichs Präsident hat die deutschen Wahlen abgewartet und danach seinen Premier einen Investitionsplan in Höhe von 57 Milliarden Euro präsentieren lassen, in einem Land, das 2,2 Billionen Euro Staatsschulden hat – an die 100 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Damit liegt Frankreich fast gleichauf mit Italien an der Spitze der Eurozonen-Schuldner und gilt als „tickende Zeitbombe“. Irgend-

wie logisch, dass Macron sich wünscht, dass andere EU-Länder in Zukunft die Zeche zahlen.

Das sagt er natürlich so nicht, sondern er forciert stattdessen das Brüsseler Lamento, wonach ein Problem in der EU immer mit noch mehr EU gelöst werden muss. Also stehen Eurozonen-Budget, EU-Finanzminister, EU-Verteidigungsbudget samt Eingreiftruppe, europäische Staatsanwaltschaft und natürlich europäische Asylbehörde auf Macrons Wunschliste ans Christkind, das in seinem Fall wohl Angela Merkel heißt.

„Neugründung Europas“ nennt er das großspurig. Dabei ist es nur die alte Leier, wie man in bewährter Manier den Mitgliedstaaten die Souveränität entzieht. Klar ist: Leute wie Macron oder Juncker haben den Brexit nicht als Warn-, sondern als Startschuss verstanden – zum EU-Bundesstaat nämlich. Ihnen muss man unmissverständlich klar machen: Nicht mit uns.

Gutachten nennt Merkels Grenzöffnung 2015 illegal

Der Wissenschaftliche Dienst des deutschen Bundestages kann für die Genehmigung der Einreise von Asylwerbern ab September 2015 durch die Bundesregierung keine Rechtsgrundlage erkennen. Das berichtet zwei Tage vor der Bundestagswahl die Zeitung „Die Welt“. Laut der Zeitung werde in dem Gutachten bemängelt, dass die Bundesregierung keine Angaben über die rechtlichen Grundlagen ihrer Entscheidung gemacht habe, obwohl die aus einem sicheren Drittstaat kommenden „Flüchtlinge“ an der Grenze hätten abgewiesen werden müssen.

Interessanterweise gehe das Gutachten auch auf die Frage ein, ob das Parlament über die Grenzöffnung hätte entscheiden müssen. Gemäß einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts obliegt es der Entscheidung des Parlaments, ob und bei welchem Anteil Nichtdeutscher an der Gesamtbevölkerung die Einwanderung von Ausländern ins Bundesgebiet begrenzt wird.

Trotz der naheliegenden Verletzung des Demokratie- und Rechtsstaatsprinzips und der Wesentlichkeit der Frage der Masseneinwanderung hat das Bundesverfassungsgericht es abgelehnt, sich damit juristisch auseinanderzusetzen.

Mysteriös auch das Auftauchen dieses Gutachtens, das laut Datum eigentlich seit 25. Mai 2017 auf der Internetseite des Wissenschaftlichen Dienstes öffentlich zugänglich sein soll – aber von Journalisten erst in der Vorwoche entdeckt worden ist.



Merkels Gesetzesbruch 2015.

Deutschlands Wähler der schwarz-roten

Merkel und Schulz verlieren ein Fünftel ihrer Wähler



Problem aussitzen, wie gewohnt: CDU-Chefin und Bundeskanzlerin Angela Merkel 1953 weder an einen Rücktritt noch an eine Korrektur ihrer Politik – wie auch

CDU und SPD fuhren bei der Bundestagswahl am vergangenen Sonntag historische Tiefststände ein, die AfD verdreifachte ihre Stimmen und die FDP zieht wieder in das Berliner Reichstagsgebäude ein. Nach dem angekündigten Gang der SPD in die Opposition stehen Kanzlerin Merkel schwierige Koalitionsgespräche bevor.

Franz Josef Strauß hatte davor gewarnt, auch Helmut Kohl und Edmund Stoiber haben diese Maxime beherzigt: „Es darf rechts von der Union keine demokratisch legitimierte Gruppierung von politischer Relevanz geben.“

Angela Merkel hat aber diese Mahnung ignoriert und am Sonntag dafür die Rechnung präsentiert bekommen – und das nicht zu knapp: 12,6 Prozent der Deutschen haben nach vorläufigem Endergebnis für die „Alternative für Deutschland“ (AfD) gestimmt.

Merkel bleibt Kanzlerin

Als Helmut Kohl 1998 nach 16 Jahren abgewählt wurde, lagen CDU/CSU noch bei 35,1 Prozent. Die „sozialdemokratisierte“ Merkel-CDU rutschte sogar noch zwei Prozentpunkte tiefer ab. Aber Merkel bleibt. Die Kanzlerin hat letztlich das Protest-Milieu geschaffen, das ihr mit Triller-Pfeifen und Buh-Rufen im Wahlkampf entgegentrat. „Sie hat statt der Konkurrenz die Kongruenz, die fusionsähnliche Überlappung mit

dem links-grünen Milieu gesucht: Steuererhöhung, Ausdehnung des Staatssektors, schleichende Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftsbereiche, Energiewende, Ehe für Alle, unbegrenzte Zuwanderung und faktisches Bleiberecht, volle soziale Unterstützung und unbegrenzte Rechtswege für jeden, der gedenkt, dieses Land auf ille-



Sie brachten die große Koalition in Deutschland. Alexander Gauland, Alice Weidel und

ler rechnen mit Koalition ab

ler von 2013 – AfD verdreifacht Stimmenanteil



Merkel denkt auch nach dem schlechtesten Wahlergebnis der CDU seit h der zweite große Wahlverlierer, SPD-Chef Martin Schulz.

galem Weg zu betreten – sie hat während ihrer bisherigen Amtszeit das volle linke Programm gefahren“, analysierte der Publizist Hugo Müller-Vogg die Niederlage der Kanzlerin.

Schulz geht in Opposition

Noch schlimmer erwischte es die SPD, die das desaströse Ergebnis von 23 Prozent im Jahr 2009 mit diesmal 20,5 Prozent nochmals unterbot. Doch Parteichef und Spitzenkandidat Martin Schulz, der noch vor wenigen Monaten als großer Hoffnungsträger gefeiert

worden war und nun diese Schlappe zu verantworten hat, bleibt den Deutschen ebenfalls erhalten – als Oppositionsführer. Das kündigte er zumindest am Wahlabend an.

Schulz wollte im Wahlkampf mit „sozialer Gerechtigkeit“ punkten, obwohl die SPD in 16 der vergangenen 20 Jahre selbst in der Regierung saß. Die SPD habe sich von der Schutzmacht der kleinen Leute in Deutschland hin zu einer „Wohlfahrtsorganisation“ entwickelt, kritisiert Müller-Vogg: „In ihrem 300-seitigen Wahlprogramm gibt es nur ‚Menschen‘, aber an keiner Stelle mehr ‚Deutsche‘. Die allerdings sollen ungefragt (...) bezahlen, was die SPD ihrer früheren Anhängerschaft vorenthält, aber an Zuwanderer sehr großzügig verteilt.“

Schwierige Koalitionssuche

Problematisch wird jetzt, nach der Absage der SPD, die Koalitionsfindung für Merkel. Für koalitionswürdig erachtet die CDU bisher nur die erstarkte FDP (10,7 Prozent) und Die Grünen (8,9 Prozent). Mit diesen beiden eine Dreier-Koalition zu bilden, dürfte für Merkel angesichts der gegensätzlichen Ansichten von CSU, FDP und den Grünen zu einer Sisyphus-Aufgabe werden. Auch ein Ergebnis ihrer Politik.



utschland zu Fall: Die AfD-Spitzen Jörg Meuthen (v.l.).

KURZ UND BÜNDIG



Aus für Zwangsverteilung

„Die Zwangsverteilung von Migranten in der EU, die am Dienstag ausgelaufen ist, ist gescheitert“, erklärte der FPÖ-Delegationsleiter im Europaparlament, Harald Vilimsky. Es mache keinen Sinn, diesem provisorischen Verteilungsmechanismus nun eine permanente Regelung folgen zu lassen, wie das die EU-Kommission anstrebe. „Das Dublin-III-Abkommen stellt einen Zusammenhang zwischen der Sicherung der Außengrenzen und der Zuständigkeit für Asylverfahren her. Wenn also ein Land seine Außengrenze nicht entsprechend sichert, dann hat es auch die Last der Asylwerber zu tragen“, stellte der FPÖ-Europaabgeordnete klar.

Macrons erste Wahlniederlage

Bei der Senatswahl in Frankreich muss Staatschef Emmanuel Macron (Bild) eine herbe Enttäuschung einstecken. Seine Partei „La République en Marche“ schnitt bei der Teilwahl zum Oberhaus am Sonntag schwach ab und verlor mehrere Sitze an die konservative Mehrheit. Bei der indirekten Teilwahl wurden am Sonntag 171 der 348 Senatsitze neu vergeben. Bisher stellte „La République en Marche“ 29 Senatoren, jetzt kommt die Partei auf nur noch 23. Die konservativen Republikaner stellten bisher 142 Senatoren und legten leicht zu. Der „Front National“ von Marine Le Pen verteidigte seine zwei Plätze im Oberhaus.



Kaum Rückführungen seit Masseneinwanderung 2015

Wer einen Asylantrag in der EU stellt, der hat gute Chancen, zu bleiben. Einer Studie des US-Forschungsinstituts Pew zufolge wurden bis Ende des vergangenen Jahres nur drei Prozent der 2015 und 2016 in die EU gereisten Asylwerber zurückgeführt. Demnach wurden bis zum Jahresende 2016 etwa 75.000, das sind ungefähr drei Prozent aller Asylwerber der Jahre 2015 und 2016, in ihre Heimat oder ein anderes Nicht-EU-Land rückgeführt.

Allein in den EU-Ländern sowie in Norwegen und der Schweiz wurden 2015 rund 1,3 Millionen Erstanträge auf Asyl gestellt und 2016 weitere 1,2 Millionen, was diese Asylwerberwelle zur größten auf dem Kontinent seit dem Zweiten Weltkrieg macht.

Unter den europäischen Asylwerbern, die von 2015-16 auf Entscheidungen von Ende 2016 warten, hatten schätzungsweise zwei Drittel (etwa 760.000) keine Entscheidung über ihren Fall getroffen.

Ein weiteres Drittel (etwa 385.000) legte gegen die erste Entscheidung Berufung ein. 885.000 Asylgesuche wurden bis Ende 2016 bewilligt, 75.000 Asylwerber wurden in diesem Zeitraum in ihre Heimatländer oder ein anderes Nicht-EU-Land zurückgeschickt.

Der derzeitige Aufenthaltsort von rund 100.000 Asylwerbern, deren Anträge abgelehnt wurden, ist den EU-Behörden nicht bekannt. Sie halten sich somit illegal irgendwo in Europa auf.



Sie kamen um zu bleiben.

TERMINE

SEPTEMBER
29 Norbert Hofer
kommt nach Andorf

Im Rahmen der „Fairness-Tour“ kommen der 3. Nationalratspräsident Norbert Hofer und Landesparteiobmann Manfred Haibuchner am Freitag, dem 29. September, zur Kundgebung beim „Kirchenwirt“ in Andorf (Hauptstraße 18, 4770 Andorf). Beginn: 16.00 Uhr.

SEPTEMBER
30 Grätzfest der
FPÖ Simmering


Einladung zum
Grätzfest



Samstag, 30. September 2017
 15.00 bis 19.00 Uhr

Parkanlage Bieriotgasse
 Höhe Florian-Hedorferstr. 23
 mit Bezirksvorsteher KR Paul Johann Stadler

SEPTEMBER
30 Oktoberfest am
Kardinal-Nagl-Platz

Die FPÖ Landstraße lädt am Samstag, dem 30. September, zu ihrem „Oktoberfest“ am Kardinal-Nagl-Platz (Kardinal-Nagl-Platz, 1030 Wien) ein. Beginn: 15.00 Uhr.

OKTOBER
10 Frühschoppen der
FPÖ Brunnenthal

Die Innviertler FPÖ-Ortsgruppe Brunnenthal lädt am Sonntag, dem 8. Oktober, zum „Weißwurst-Frühschoppen“ ins Gasthaus „Kreuzberg“ (Passauer Straße 75, 4780 Schärding). Beginn: 10.00 Uhr.

OKTOBER
14 Oktoberfest der
FPÖ Simmering


Samstag, 14. Oktober 2017
 14.00 bis 18.00 Uhr

Enkplatz

Sie alle sind herzlich willkommen!

Zur Unterhaltung bieten wir unter anderem: Luftburg - Kinderschminken - Livemusik
 Für das leibliche Wohl ist bestens gesorgt.

LESER AM WORT



Was mich bewegt ...

Ich will nicht, dass in den staatlich subventionierten Talkshows manipuliert statt unabhängig informiert wird. Ich will nicht, dass ich mich im eigenem Land fremd fühle. Ich will nicht, dass österreichische Familien geschädigt werden. Ich will nicht, dass neben Flüchtlingen auch Terroristen zu uns ins Land kommen. Wenn uns die verantwortlichen Politiker davor nicht schützen wollen oder können, müssen wir uns von ihnen trennen. Im Oktober ist wahrlich die beste Gelegenheit dazu, und das muss unser Ziel sein. Der Oktober ist die letzte Chance dazu, die dieses Land noch hat. Für dieses Land, das wir lieben, das wir kennen, für das wir gearbeitet, aber auch gekämpft haben!

Helmut Leitner (via E-Mail)



Foto: NFZ

Schwachpunkt der SPÖ

Das nur die Asylpolitik der einzige Schwachpunkt der SPÖ ist, ist mir viel zu oberflächlich. Weil das Thema Asyl, Zuwanderung und

Integration in immens wichtige Themen wie Staatsverschuldung, Sozialsysteme, Arbeitsmarkt und Sicherheit hinein greift. Der eigentliche Schwachpunkt ist daher viel mehr der viel zu große linkslastige Flügel in der SPÖ. Das ist übrigens der Grund, warum ich „Die neuen Grünen“ für die passendere Bezeichnung halte!

Christian Stafflinger, Linz

Wahlen in Deutschland

Für viele Bürger in Deutschland ist die Wahl der AfD eine Quittung dafür, dass man Politik ohne den Bürger gestaltet. Angst vor Flüchtlingen, Angst vor Terror, große Angst davor, dass die Rente nicht mehr zum Leben reicht. Viele Deutsche fühlen sich in der Gesellschaft abgehängt. Man kann gespannt sein, ob die CDU und SPD auf Grund dieser Watschen eine bessere Politik machen werden.

Ernst Pitlik, Wien

Linkes Katzenzimmer

Das war ja zu erwarten: Kaum ist die Wahl in Deutschland geschlagen, werden auch bei uns schon wieder Stimmen laut, die Europas „Rechtsruck“ beklagen. Diese Herrschaften wollen einfach nicht einsehen, dass die derzeit geübte Asyl- und Zuwanderungspolitik sich gegen das eigene Volk richtet und nebenbei auch eine ganze Reihe

bestehender Gesetze ignoriert. Wer dermaßen unbelehrbar ist und Ideologie über Vernunft stellt, braucht sich nicht zu wundern, wenn er vom Bürger abgestraft wird.

Siegfried Pichl, Linz



Foto: NFZ

Kurz, die Blendgranate!

Ist Sebastian Kurz ein „Wunderwuzzi“ oder ein politischer Blender? Ich befürchte er ist letzteres, nämlich ein gutaussehender junger Blender und politischer Schaumschläger, der mangels Ideenlosigkeit laufend geistigen Diebstahl von der politischen Konkurrenz begeht. Er unterscheidet sich nicht von seinen Vorgängern, er zieht genauso ein Kriech- und Schleimspur zu Juncker nach Brüssel und zur Mutti Merkel nach Berlin. Österreich braucht in der Politik Führungspersonlichkeiten mit realen Zielvorgaben, Erfahrung und absolute Verlässlichkeit!

F. Vorderwinkler, Ferschnitz

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
 Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
 Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
 E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- ☐ Halbjahrespreis € 15,- ☐ Jahrespreis € 30,- ☐ Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
☐ Auslandsjahresbezug € 73,- ☐ Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss.
 Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird.
 Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
 Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
 (Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
 (Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



FPÖ: Sicherheitsmanko in Wien endlich beheben!

FPÖ bringt Anträge für mehr Sicherheit von Rot-Grün abgelehnt

Zum x-ten mal hat die Wiener SPÖ versprochen, mehr für die Sicherheit der Stadt zu tun. Am vergangenen Dienstag scheiterte sie erneut bei der Nagelprobe: Die von der FPÖ im Landtag eingebrachten Anträge wurden von SPÖ und Grünen abgelehnt.

Im Zuge des am Dienstag von der FPÖ verlangten Sonderlandtags zum Thema „Sicherheitsstadtrat mit Sicherheitsressort für Wien – Schaffung rechtlicher Grundlagen!“ brachte Wiens FPÖ-Klubobmann Dominik Nepp mehrere Anträge ein, die das vorherrschende Sicherheitsmanko beheben sowie das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stärken sollten.

2.500 Polizisten mehr für Wien

Einmal mehr fordert die FPÖ eine „echte Personaloffensive“ bei der Exekutive, also die zusätzliche Beschäftigung von 2.500 Polizis-



Nepp: „Realitätsverweigerung der SPÖ zur Sicherheitsthematik.“

ten, die überwiegend auf der Straße Dienst versehen sollen.

Zur Unterstützung der Exekutive wurde dazu eine Bündelung der vorhandenen Wiener Ordnungskräfte in einem eigenen Wiener Ordnungsdienst unter der Aufsicht eines Sicherheitsstadtrates verlangt. Zusätzlich mahnten die Wiener Freiheitlichen ein sektorales Bettelverbot sowie ein generelles Verbot der Koran-Verteilaktio-

nen in der Bundeshauptstadt ein. „Während wir Freiheitlichen schon lange ein umfassendes Sicherheitskonzept vorgelegt haben, bleibt die rot-grüne Stadtregierung zum Thema Sicherheit für die Wiener weiterhin säumig“, kritisierte Nepp die Ablehnung der FPÖ-Anträge. Er forderte SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl auf, seine Nachfolgeregelung von den Wienern über Neuwahlen entscheiden zu lassen.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Erinnern Sie sich? Als die Frau Trump im Wahlkampf eine Rede für ihren Mann hielt, haben sich alle Fernsehstationen und Zeitungen vor Spott überschlagen. Weil die Dame nämlich fast wörtlich den Text der Frau Obama nachgeplappert hat, den diese zum Amtsantritt ihres Gemahls gehalten hat.

Kopien

Na, und so zirka vor zwei Jahren hat's ein Fest der FPÖ im großen Hof des Rathauses gegeben, und HC Strache hat unter anderem über die unsäglich Willkommenspolitik der Regierung gesprochen. Flüchtlinge haben damals unkontrolliert unser Land überschwemmt, und was er darüber so gesagt hat – na mehr hat er nicht gebraucht.

Am nächsten Tag waren die Zeitungen voll mit Entsetzensrufen über die bösen Bemerkungen des Leibhaftigen in den heiligen Mauern der Häupl-Residenz.

Und jetzt? Keiner macht sich lustig über die Herren Kern, Kurz & Co. Die plappern nämlich, welch seltsame Gleichheit der Fälle, den vor zwei Jahren so verdammten Text des HC Strache beinahe Wort für Wort nach.

Es erinnert mich an die Vander-Bellen-Werbung mit der „Heimat“ und all den anderen nachempfundenen Hofer-Sagern.

Aber Sie kennen ja das alte Sprichwort: Oft kopiert, nie erreicht.

FPÖ
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Treffen Sie **IHRE ABGEORDNETEN**

Montag, 2. Oktober 2017, ab 17:30 Uhr
Rathaus, Wappensaal
Zugang: Lichtenfelsgasse 2, Feststiege 2

Treffen Sie unsere Wiener Kandidaten für die Nationalratswahl 2017, unseren Vizebürgermeister, die Landtagspräsidentin, den Klubobmann, die Stadträte und Landtagsabgeordneten im Wiener Rathaus. Nutzen Sie die Möglichkeit, sich persönlich mit den Politikern über aktuelle politische Themen zu unterhalten. Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Anmeldung unter: heike.nepras@fpoe.at oder Tel.: 01/4000 81797 (Frau Wilcek)

WWW.FPOE-WIEN.AT

SALZBURG **Mehr Familienpolitik**

Der Freiheitliche Familienverband (FFV), die Initiative Freiheitlicher Frauen (IFF) und die FPÖ Salzburg begrüßten letzte Woche in der Panzerhalle in Salzburg die Autorin Birgit Kelle zu ihrem Vortrag „Feindbild glückliche Mutter“. Kelle machte deutlich, dass Mütter aus der Sicht des Finanzministers familiäre „Schwarzarbeit“ leisten. „Wir schützen Mütter nicht, sondern lassen sie ins Risiko laufen. Dort müsste die Politik ansetzen und weniger bei der Förderung kinderloser Karrierefrauen“, kritisierte FPÖ-Landeschefin Marlene Svazek.

OBERÖSTERREICH **„Hass im Netz“**

Die FPÖ Oberösterreich thematisiert das Thema „Hass im Netz“ gegen blaue Politiker.



Michael Raml
Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner, die beiden Landesräte Günther Steinkellner und Elmar Podgorschek sowie Klubobmann Herwig Mahr lesen in einem Video hasserfüllte Nachrichten an sie vor.

BURGENLAND **Internationalisierung**

Die neue Aktionsrichtlinie „Förderung von Internationalisierungsmaßnahmen“ im Burgenland wurde kürzlich im Rahmen einer Pressekonzferenz mit FPÖ-Landesrat Alexander Petschnig und WIBuG Geschäftsführer Harald Zagizek präsentiert. Materiell werden hier vor allem drei Module gefördert: die Markterschließung durch Vor-Ort-Maßnahmen, die direkte Bewerbung des Produktes oder der Dienstleistung sowie die Einsetzung eines Internationalisierungsmanagers. Das einzelne Unternehmen kann in einem Ausmaß von bis zu maximal 50.000 Euro gefördert werden. „Der Input folgte vor allem von unternehmerischer Seite – dafür sind wir sehr dankbar. Die volkswirtschaftlichen Indikatoren zeigen klar, dass eine Internationalisierungsförderung angebracht ist“, so der freiheitliche Landesrat.

Unglaublicher ÖVP-Eklat bei Landtagssitzung gegen die FPÖ

Auch Kurz' „neuer ÖVP“ ist die Sicherheit der Frauen egal

Es wird dich schon keiner vergewaltigen!“, Mit dieser Aussage in Richtung FPÖ löste ÖVP-Abgeordneter Anton Erber große Aufregung aus.

Für einen unglaublichen Eklat sorgte die ÖVP-Niederösterreich in der letzten Landtagssitzung. In der von der FPÖ beantragten Aktuellen Stunde zum Thema „Weg mit den VP-Asyl-Samthandschuhen – unsere Landsleute sind die wahren Opfer“ wollten die Freiheitlichen die katastrophalen Zustände rund um die fast täglichen Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffe gegenüber Frauen aufzeigen.

ÖVP zeigt wahres Gesicht

Als sich der FPÖ-Abgeordnete Udo Landbauer am Rednerpult über seine Sorgen hinsichtlich der besorgniserregenden Zustände äußerte, zeigte ÖVP-Mandatar Anton Erber lautstark sein wahres Ge-

NIEDERÖSTERREICH 

ÖVP-Erber (r.) verteidigt die „Integrationspolitik“ seines Parteichefs.

sicht: „Es wird dich schon keiner vergewaltigen!“, so seine skandalöse, entlarvende Äußerung.

FPÖ-Landesparteiobmann Gottfried Waldhäusl zeigte sich diesbezüglich erschüttert: „Er sollte sich in Grund und Boden schämen. So

geht also die ÖVP Niederösterreich mit den Sorgen der Menschen um! Diese Aussage zeigt aber sein wahres und schändliches Niveau auf. „Ich erwarte von ÖVP-Erber eine öffentliche Entschuldigung für diese Aussage!“, sagte Waldhäusl.

TIROL **ÖVP blockiert Mautbefreiung**

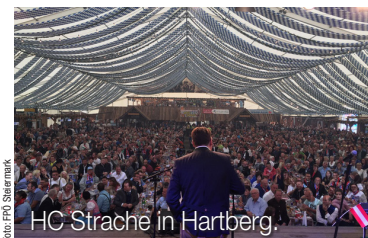
Im Zuge der letztwöchigen Demonstration in Kufstein haben alle Parteienvertreter beteuert, auf der Seite der Kufsteiner zu stehen und sich für die Mautbefreiung bis Kufstein-Süd einsetzen zu wollen. Minister Andrä Rupprechter hat sogar angekündigt, kein Regierungsabkommen zu unterzeichnen, in

dem dies nicht festgeschrieben sei. Die freiheitliche Carmen Schimanek, die ebenfalls bei der Demonstration anwesend war, will den Ankündigungen von Rupprechter aber nicht trauen. „Die ÖVP ist in dieser Frage absolut unglaublich, denn die ÖVP hatte jetzt vier Jahre Zeit, sich um das Problem zu kümmern, hat aber nichts unternommen. Meine Initiativen im Nationalrat wurden von der ÖVP stets niedergestimmt“, so Schimanek.

Als Beispiel für die mangelnde Glaubhaftigkeit der ÖVP nannte Schimanek den ÖVP-Abgeordneten Hannes Rauch, der sich bei der Autobahnblockade vor vier Jahren groß inszeniert sowie vollen Einsatz versprochen und danach nichts weiter in der Sache unternommen habe. Schimanek sieht sich als einzige Garant für die Wiedereinführung der Vignettenfreiheit: „Die Ausnahmeregelung für Kufstein ist für die Freiheitlichen ein Herzensanliegen!“



Carmen Schimanek: „ÖVP führt Kufsteiner an der Nase herum!“

STEIERMARK **FPÖ-Oktoberfest in Hartberg**

Am Sonntag lud die FPÖ Steiermark zum Frühschoppen mit Bundesparteiobmann HC Strache im Rahmen des Hartberger Oktoberfests. Rund 3.500 bis 4.000 Besucher nahmen an der Veranstaltung teil. „Wir haben mit der Veranstaltung ein lautstarkes Zeichen gesetzt. Der Zuspruch ist überwältigend!“, so FPÖ-Landesparteiobmann Mario Kunasek, der von einem „Blauen Wunder“ am Wahlsonntag ausgeht. Auch HC Strache erwähnte in seiner Rede, dass die FPÖ die rot-schwarze „Raubritter-Regierung“ in die Wüste schicken werde!



HC Strache
Spitzenkandidat

Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.

FPO DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

FAIRNESS-TOUR
Samstag, 7. Oktober 2017

Steyr • Stadtplatz
08.45 Uhr: Musik „Rauleder“
09.30 Uhr: Rede M. Haimbuchner & Rede HC Strache

PlusCity • Palmenplatz, Pasching
13.30 Uhr: Musik „Die Schlagerbarone“
14.00 Uhr: Rede M. Haimbuchner und Rede HC Strache

Vöcklabruck • Festzelt am Hallenbad-Parkplatz
15.00 Uhr: Musik „Rauleder“
17.00 Uhr: Rede M. Haimbuchner & Rede HC Strache

Ried • Hauptplatz (Zelt)
18.30 Uhr: Musikverein Weilbach
19.30 Uhr: Rede M. Haimbuchner und Rede HC Strache

Österreicher verdienen FAIRNESS Tour 2017

OBERÖSTERREICH 

„Klima-Asyl“-Urteil ist ein verheerendes Signal

Bundesverwaltungsgericht erkennt Dürre in Somalia als Asylgrund an

FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr zeigte sich entsetzt über dieses Gerichtsurteil: „Ein neuer Vorwand, um noch mehr Flüchtlinge aufnehmen zu müssen!“

„Das Signal ist verheerend“, stellte Oberösterreichs FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr zur jüngsten Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Wien klar: Erstmals wurde der subsidiäre Schutz-Status eines Somaliers verlängert, weil in seinem Herkunftsland eine schlimme Dürre herrsche: „Offensichtlich haben die gegenständlichen Richter das volle Ausmaß einer solchen Entscheidung nicht erkannt.“

Neue Masseneinwanderung droht

Nicht nur werde mit dem Urteil die Bevölkerungsexplosion in Afrika als Hauptgrund für die Notsituation dieser Menschen toegeschwiegen. Auch die wachsenden Probleme durch Überbevölkerung

in kargen und wirtschaftlich schwachen Ländern könnten durch die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa nicht gelöst werden, bemerkte Mahr.

Der FPÖ-Klubchef warnte vor den Folgen: „Das Gericht ignoriert nicht nur die bestehende Überlastung

der humanitären Aufnahmekapazitäten Österreichs, sondern schafft damit noch einen weiteren Anreiz für Menschen in Afrika, sich in die Mindestsicherung nach Österreich aufzumachen. Eine Wiederholung der Ereignisse von 2015 ist damit vorprogrammiert!“



Herwig Mahr warnt vor den Folgen des „Klima-Asyl“-Urteils.



Manfred Haimbuchner
FPÖ-Landesparteiobmann Oberösterreich

Ich kenne viele Menschen, die gerne arbeiten oder viel gearbeitet haben, die für den Aufbau dieser Republik gesorgt haben. Ich weiß nicht, ob diese Säulen dieses Staates immer das bekommen, was ihnen zusteht, ob Arbeiter, Landwirte oder auch Unternehmer.

Der Wahlspruch der SPÖ „Holen Sie sich, was Ihnen zusteht“ ist schlichtweg verantwortungslos, seicht und dumm. Es ist ein Aufruf zum Klassenkampf, zum Neid, zum „Nicht-Leisten“, zu dem man auch die illegalen Einwanderer eingeladen hat.

Im Dienst der Heimat

Die ÖVP schlägt etwas subtiler in diese Kerbe der „Fairness-Krise“, die von der FPÖ aufgezeigt wurde. Aber beide, SPÖ wie ÖVP, haben zehn Jahre Zeit gehabt, dafür zu sorgen, dass die tüchtigen Menschen bekommen, was ihnen zusteht. Aber sie haben es nicht getan. Wer soll ihnen diese „Blitzläuterung“ jetzt kurz vor der Wahl abkaufen?

Christian Kern und Sebastian Kurz standen auch 2015 in der vordersten Reihe derer, die jene zigtausenden Menschen ins Land ließen, die jetzt österreichisches Steuergeld kassieren, ohne je eine Minute in diesem Land gearbeitet zu haben – und es höchstwahrscheinlich auch nie tun werden.

Sie werden nach dem Willen von Rot und Schwarz die Staatsbürgerschaft bekommen, weil man nicht gewillt ist, das Gesetz zu ändern oder anzuerkennen, dass Asyl nur Schutz auf Zeit bedeutet und nicht einen Daueraufenthalt im österreichischen Sozialsystem.

Die FPÖ ist bereit, Verantwortung zu übernehmen als Dienst an der Heimat. Ich will, dass wir unsere Heimat auch in zehn Jahren noch als solche wiedererkennen.

GEZWITSCHER



Drow Hunter

@Drowhunter



#Kern meint, dass das völlig ok ist, dass die #spö 4€/m² Miete zahlt. eh super. darf ich das auch? #orfwahl17

21.09.17 11:37

Während für die Wiener erschwingliche Mietwohnungen kaum zu ergattern sind, residiert die SPÖ fürstlich zu einem Bettel.

Magic D.

@ItsSoMagic1



Hätte man nicht #kurz so ein paar Wachfiguren bei seiner UN-Rede hinsetzen können? So leer wirkte das ja wie die Amtseinführung von Trump.

21.09.17 04:43

ÖVP-Chef Sebastian Kurz zog die leere UN-Vollversammlung einer hitzigen Parlamentssitzung vor.

WHATSAPP



GEFÄLLT MIR



HC Strache

25.09.2017

„Es geht uns nicht schlecht, der Staat unterstützt uns“, sagt die Schwester des mutmaßlichen afghanischen „Ehrenmörders“.



Ehrenmord in Wien: Der Tod einer Abtrünnigen
Sie musste Kopf hoch tragen. Sie durfte keine Freundinnen haben. Sie sollte eine Zwangsheirat eingehen. Doch Basmä wollte ein westliches Leben führen...

617 Personen gefällt das.

Ein Beispiel für die „gelungene“ Integrationspolitik des Herrn Kurz: Die afghanische Großfamilie ist seit 2009 in Österreich und lebt seither von der Sozialhilfe.

SPÖ-Kanzler Kern fühlt sich durch „Prinzessinnen-Dossier“ beleidigt

SPÖ-Chef streicht „Österreich“ Interviews und 50.000-Euro-Inserate

Weil die Tageszeitung „Österreich“ ein für Kanzler Kern wenig schmeichelhaftes Strategiepapier veröffentlichte, strich er Inserate und Interviews.

Der Streit zwischen der Zeitung „Österreich“ und SPÖ-Bundeskanzler Christian Kern eskaliert. „Österreich“ hat ein internes Papier der SPÖ in den vergangenen Tagen veröffentlicht, in dem neben der schlechten Wahlvorbereitung der SPÖ auch von Kerns „Sprunghaftigkeit“ und „Prinzessinnenhafte“ die Rede ist.

Kanzler gibt sich beleidigt

Kern lamentierte auf Facebook ganz „prinzessinnenhafte“, dass die Zeitung eine Kampagne gegen ihn führe mit verleumdenden Texten



ten und abwertenden Fotomontagen: „Offenbar erwartet sich der Herausgeber dadurch mit anderen Kandidaten bessere Geschäfte.“

Desweiteren wolle er der Zeitung keine Interviews mehr geben, noch an TV-Diskussionen des dazugehörigen TV-Senders „oe24“ teilnehmen – und werde er die Wahlkampf-Inserate streichen. Laut

Herausgeber Wolfgang Fellner entgehen ihm dadurch Einnahmen in Höhe von 50.000 Euro.

Er verteidigte den Abdruck des „Dossiers“ – aus der Hand eines ehemaligen Mitarbeiters von Ex-SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer – als „journalistische Pflicht“. Und er legte mit mehreren Seiten an zustimmenden Leserbriefen nach.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Die „Fairness“-Kampagne der FPÖ ist ein Volltreffer. Laut einer in „Die Presse“ veröffentlichten Meinungsumfrage von „Research Affairs“ finden zwei Drittel der Österreicher, dass es in diesem Land ungerecht zugeht. Am meisten Ungerechtigkeit empfanden die Befragten

Zwei Drittel beklagen Ungerechtigkeit

Das Thema Fairness hat bei den Wählern einen hohen Stellenwert. Aber die Hälfte wägt den Parteien vor, damit zu betreiben.

Wann, Fast alle Parteien haben in diesem Wahlkampf das Thema Fairness auf ihre Fahnen geschrieben. Und das wird mit einer Meinungsumfrage von „Research Affairs“ (Österreich) bestätigt: Zwei Drittel der Österreicher, dass es in diesem Land ungerecht zugeht. Am meisten Ungerechtigkeit empfanden die Befragten

in der Steuerpolitik (87 Prozent sagten, es gehe eher ungerecht zu), beim Wohnen (76 Prozent) und in der Flüchtlingspolitik (75 Prozent) – alles von der FPÖ angesprochene Themen.

Ein Wahlkampf der besonderen Art läuft in Niederösterreich ab. So berichtete „Österreich“, dass jetzt Plakate der FPÖ in Sieghartskirchen und



Michelhausen neben Kreisverkehren entfernt wurden. Nur „aus Verkehrssicherheitsgründen“ wie die Straßenmeisterei mitteilte. FPÖ-Bezirksobmann Andreas Bors bezweifelt das, denn Plakate anderer Parteien – auch direkt an Verkehrszeichen befestigt – würden toleriert.

www.fpoe.at f/hcstrache



für Österreicher

Bei Sozialleistungen, Mindestsicherung und Pensionen.



FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Das „Goldene Dachl“ im blauen (Wahlkampf-)Licht

„Diese unglaubliche Stimmung vor dem Goldenen Dachl in Innsbruck, so etwas gibt es nur bei uns Freiheitlichen“, jubelte Tirols FPÖ-Landesparteiobmann Markus Abwerzger angesichts der Menschenmassen, die am Donnerstag vergangener Woche den Platz vor dem Innsbrucker Wahrzeichen aus allen Nähten platzen ließen.

Nachdem „Die Grubertaler“ die herbstlichen Temperaturen vergessen gemacht hatten, sorgte FPÖ-Spitzenkandidat HC Strache mit dem Spruch des Tages für Stimmung: „Ich habe gehört, dass der Sebastian Kurz auch da war – aber der ist nach 10 Minuten wieder gegangen. Also ich freue mich, dass ich länger bei Euch bin!“



Die blaue Veranstaltungsbühne in Tirol mit dem „Goldenen Dachl“ als Krone beim Wahlkampfauftritt in Innsbruck.



HC Strache mit Gattin Philippa auf der Bühne umgeben von den Tiroler Spitzenkandidaten sowie FPÖ-Landeschef Markus Abwerzger (oben) und den rund 3.000 FPÖ-Sympathisanten vor der Bühne unter dem „Goldenen Dachl“.



EUROPA IM ANGESICHT DES TERRORS: HERAUSFORDERUNG FÜR DIE INNERE SICHERHEIT

DATUM: MITTWOCH, 4. OKTOBER 2017
BEGINN: 19:00 UHR (EINLASS 18:00 UHR)
ADRESSE: KURSALON HÜBNER
 JOHANNESGASSE 33, 1010 WIEN



In Zusammenarbeit mit:



Begrüßung:
Dr. Peter Fichtenbauer
 Präsident des Liberalen Klubs

Impulsreferat:
Heinz-Christian Strache
 Bundesparteiobmann der FPÖ

Vortrag:
Dr. Gert R. Polli
 Sicherheitsexperte, ehemaliger Direktor des Bundesamtes für
 Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT)

Anmeldung erbeten: akademie-wien@fpoe.at oder unter der für diese Veranstaltung eingerichteten Anmeldehotline:
 01/405-75-71/74 (10:00-14:00 Uhr)

Nach der Veranstaltung laden wir zu Erfrischungsgetränken.
ACHTUNG:
 Aufgrund der begrenzten Platzanzahl ist eine Anmeldung unbedingt erforderlich.



VORDENKER

statt Spätzünder

Im Umgang mit Flüchtlingskrisen,
Grenzschutz und Islamisierung.

FPO DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI